

Das wird heiß! Die Klimadebatte und die Grenzen der Vernunft

**Referat von Winfried Rust, Mitarbeiter des Informationszentrums Dritte Welt
Freiburg bei der Tagung „Alle Energie für das System“, 12./13.9.08, Neuwied**

[Guten Tag, es freut mich, dass ich hier über soziale Folgen des Klimawandels referieren darf. Eigentlich hat der Weltklimarat wunderbar einfach formuliert, was zu tun ist: Der Anstieg der Treibhausgasemissionen ist in den nächsten zehn Jahren zu stoppen und in der Folge zu halbieren. Da weiß man doch, was zu tun ist. Mein Referat heißt „Die Grenzen der Vernunft“. Vermutlich wird die Vernunft wenig Wirkung zeigen und vielleicht werden die Folgen der Klimaerwärmung sogar geradezu irrationale soziale Prozesse nach sich ziehen.]

Damit *Sie* mir besser folgen können, gebe ich *Ihnen* zuerst einen Überblick über das, was ich referieren werde. Ich erinnere als *erstes* an den Stand des Klimawandels, als *zweites* nenne ich einige Folgen, die durch die Erderwärmung absehbar sind. Als *drittes* frage ich, was getan wird, um diese Folgen abzumildern. Und ich spreche über verschiedene Hindernisse, auf die das Klimaretten stoßen wird. *Viertens* frage ich nach den Ursachen des Klimawandels in der Marktwirtschaft. *Fünftens* betrachte ich die *Klimawandelfolgen* als soziale Folgen, die wiederum schwer zu berechnende soziale Gruppen- und Ausgrenzungsprozesse in Gang setzen werden, die prekär sein werden. *Sechstens*, nach den Ursachen, warum das Klimaproblem wohl zu Gewalt und Ausgrenzung führen wird. Also, warum das Problem der Erderwärmung nicht wenigstens sinnvoll verhandelt und ausgeglichen wird. *Zuletzt* einige Schlussfolgerungen.

I.

Zum Klimawandel. Der letzte Sachstandbericht des Internationalen Klimarates der UN ist ja eigentlich nur eine Zusammenfassung verschiedener Forschung zum Klimawandel, dessen Ergebnisse die Staaten akzeptieren konnten. Aber man kann sagen, dass das Problem der Erderwärmung mit diesem Bericht allgemein anerkannt wurde. Jeder weiß jetzt, dass die Erwärmung des Klimas allenfalls verlangsamt werden kann und ökologische Schädigungen mit sich

bringen wird. Ganze Ökosysteme sind in ihrer Existenz bedroht – vom Korallenriff bis zur Hochgebirgsregion. Das Risiko extremer Wetterereignisse steigt. Der Meeresspiegel steigt und die Ausbreitung von Ödland weitet sich aus. Dieses Szenario wird auch stattfinden, wenn es gelingt, die Schlussfolgerungen des IPCC in die Tat umzusetzen und die Treibhausgasemissionen weltweit bis zum Jahr 2050 zu halbieren. In Deutschland, das weit über dem Durchschnitt liegt, müssten die Treibhausgasemissionen um fast 90 Prozent vermindert werden.

II.

Folgen. Aufgrund des steigenden Meeresspiegels wird es zu großen Umsiedlungen kommen. In Norddeutschland oder den Niederlanden hofft man, das Problem mit Milliardeninvestitionen in Deiche managen zu können. Weltweit ist das Problem kaum lösbar. Pazifikinseln werden überflutet werden oder verschwinden. Viele der Großstädte im Süden und Osten Asiens werden von Überflutungen betroffen sein. Laut dem IPCC-Report sind rund 643 Millionen Menschen, also ein Zehntel der Weltbevölkerung, betroffen.

In Amazonien kann der *Verlust* des Amazonaswaldes in den nächsten 30 Jahren 30-50 Prozent betragen. Die Abholzung der Regenwälder zur Rohstoffgewinnung oder für den Anbau von Futtermitteln, Agrarkraftstoffen, Exportpflanzen, Viehweiden, ... bildet mit dem Klimawandel einen Teufelskreis. Die Niederschläge, die der Regenwald aus sich selbst heraus bewirkt, gehen schon heute zurück. Es wird erwartet, dass zunehmend nach Dürrejahren bei gleichzeitiger Entwaldung riesige Gebiete abbrennen. Das heißt eine Folge der Klimaerwärmung ist hier die weitere Klimaerwärmung.¹

In weiteren Regionen vor allem Afrikas wird das Wasser durch die steigenden Temperaturen knapp. 46 Prozent der Landfläche sind hier von Wüstenbildung betroffen. An den Küsten schwinden gleichzeitig Korallenriffe und mit ihnen weitere Fischbestände. In den Seen gehen die Fischbestände mit der steigenden Wassertemperatur zurück – wenn die Seen nicht ganz verschwinden. Der Klimawandel *verschärft* den Mangel an Trinkwasser und Nahrungsmitteln. Entsprechend der asymmetrischen Verteilung der Güter weltweit und innerhalb jeder Gesellschaft trifft das Problem in erster Linie die Armen. Nach der *neuen*

¹ Vgl. Daniel Nepstad, Woods Hole Research Center

Berechnung der Weltbank gelten 1,4 Milliarden Menschen als „absolut arm“: Das sind 26 Prozent der Menschheit. Das Millenniumsziel, die Zahl der Armen bis 2015 zu halbieren, rückt in weite Ferne. Dabei war Armut in Prozenten an der Weltbevölkerung tatsächlich rückläufig. Aber außer in China leben heute ebenso viele Menschen in absoluter Armut wie vor 25 Jahren. Aktuell gibt es zwei Faktoren, die die Armut sogar wieder verschärfen. Das eine sind die steigenden Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise. Für sich genommen können höhere Preise für Rohstoffe und für Agrarerzeugnisse sinnvoll sein. Es kann sie sich nur nicht jeder leisten. Der zweite Faktor, der die Armut verschärft, ist der Klimawandel. Wir werden in diesem Jahrhundert überall auf ihn stoßen. Er ist nicht die Ursache, dass es auf dieser reichen Welt Hunger gibt, aber er verschärft Probleme.

Fruchtbare Böden veröden und die Ernten gehen zurück.

Die Klimawandelfolgen sind Umsiedlungen oder (zum Teil fluchtartige) Migrationsbewegungen. Ein Beispiel: Es werden wieder Millionenbevölkerungen mit leeren Händen in den Vorstadt-slums wie in Lagos riesige Elendsbehausungen ohne Strom, Müllabfuhr oder Abwasser errichten. 1,6 Milliarden Menschen haben heute weltweit keinen Zugang zu Elektrizität. Für sie heißt Stromsparen, dass sie Stunden darauf verwenden, irgendwelches Brennmaterial zu finden um schließlich Dung oder Pflanzenreste abzufackeln. Die Zeit fehlt ihnen, um den Lebensunterhalt zu sichern und sie plündern ihre eigenen Ökosysteme aus. Ich selbst wohne in dem sogenannten Ökostadtteil Vauban in Freiburg: Mit Passivenergiehäusern in verdichteter Bauweise, Solarzellen auf dem Dach, Kindertagesstätten und öffentlichen Grünstreifen. Weltweit gesehen wird völlig anders gesiedelt und der Klimawandel spitzt das zu. Dabei gibt es in jedem Land der Welt fortschrittliche Stadtplaner. Aber vor allem gibt es eine ungleiche Verteilung der Mittel. Als eine erste Annäherung: Nach dem *World Wealth Report* vom Juni 2008 gibt es nicht nur die 1,4-Milliardenbevölkerung der „absolut Armen“. Die Zahl der Millionäre ist weltweit auf 10,1 Mio. Dollarmillionäre angestiegen, immerhin 100 000 leben in Afrika, jeweils 400 000 im Nahen Osten und in Lateinamerika. Die Klimawandelfolgen werden die Verteilungsfrage dramatisch aufwerfen. Armut macht die Erderwärmung tendenziell tödlich – und zum Ausgangspunkt sozialer Krisen. Wer über Klimafragen reden will, kann nicht über die soziale Frage schweigen.

Hier im Norden wird der dramatischste Effekt der Klimaerwärmung in der Auseinandersetzung mit einer steigenden Zahl von Klimaflüchtlingen bestehen. Die sogenannte „Klimagerechtigkeit“ ist hier ein Aspekt. Man könnte argumentieren, dass der Norden für den Klimaanstieg verantwortlich ist und entsprechend offen für diejenigen sein sollte, die wegen den Folgen auswandern. Aber jede und jeder weiß, dass ein Anstieg von Migration beispielsweise in Deutschland einfach mehr Ausgrenzung zur Folge haben wird. Europa ist schon heute mit hohen Zäunen auf seinen Transitinseln abgeschottet und die nationalen Grenzschützer bewachen mit der Agentur Frontex die Außengrenze. Aus der Gegenwart gibt es kein Indiz dafür, dass die Klimawandelfolgen – Armut und Migration – auf sinnvolle Lösungsstrategien treffen werden.

III.

Zu Aktivitäten von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, um die Erderwärmung zu begrenzen. Ein umfangreicher Absatz. Die Aktivitäten in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind von Sachzwängen begrenzt. Genannt wird hier der private Alltag, der Knackpunkt Arbeitsplätze und sogar die Arbeitsgesellschaft selbst.

Jenseits der guten Absichten verwendet die deutsche Politik ihren Arbeitsalltag darauf, Kohlekraftwerke zu bauen, das Straßennetz zu erweitern, die Deutsche Bahn AG an die Börse zu bringen oder halbherzige Umweltschutzmaßnahmen zu verhindern, zum Beispiel ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen. Zurück aus Bali, wird die alte Verkehrs- und Infrastrukturpolitik einfach fortgesetzt: An erster Stelle bei den staatlichen Investitionen in Mobilität steht das Straßennetz.

Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee hat für den „Masterplan Güterverkehr und Logistik“ im nächsten Jahr eine Milliarde Euro mehr zur Verfügung, um Straßen zu bauen und den zunehmenden Verkehr zu steuern. Auch in der Wirtschaft gibt es neben dem anzeigentauglichen umweltfreundlichen Image, um das sich viele Unternehmen bemühen, einen marktorientierten Alltag. Die Deutsche Bahn AG und die Deutsche Post AG formieren sich als Global Player in der Frachtverkehrs- und Logistikbranche. Denn entgegen der ökologischen Vernunft wächst das Volumen der transportierten Waren auch weiter auf der Straße. Auch die bahneigene Spedition Schenker transportiert auf der Straße und in der Luft - und das gemäß den Geschäftszielen des

privatisierten Staatskonzerns: So viel wie möglich. Hier werden die harten Fakten geschaffen, denen die Öko-Rhetorik nicht wirklich etwas entgegensetzt. Die Auslagerung der Produktion in Billiglohnstandorte bewirkt ein sinnloses Hin- und Herfahren von Gütern. Die Transportkosten einer Flasche Rotwein aus Chile betragen zehn Cent. Immer noch ein passendes Bild für den Irrsinn: Deutschland importiert pro Jahr Tierfutter im Wert von 1,6 Milliarden Euro und exportiert Tierfutter im Wert von 1,6 Milliarden Euro. Die Ökobilanz der wachsenden Luft- und Güterschifffahrt ist verheerend. Die Kosten dafür, wie auch für den aufwendigen Ausbau der (Flug-)Häfen und der Verkehrswege, tragen nicht die Unternehmen, sondern die öffentlichen Haushalte. Und auch der Güterverkehr auf der Straße deckt weniger als die Hälfte der Kosten, die er durch Straßenbau und Umweltschäden verursacht. Einfachste Realpolitik wäre, die Treibstoffpreise an die gesellschaftlichen Kosten, die Mobilität verursacht, anzugleichen. Zugleich wäre das sozial auszugleichen, denn für Geringverdiener hat ein deutlich verdoppelter Benzinpreis ganz andere Effekte, als für Gutverdienende. Solche Reformen wären noch ein Herumdoktern an Symptomen. Trotzdem sind sie vollkommen utopisch.

Das hängt nicht nur mit einer vermeintlich bösen Politik und Wirtschaft zusammen. Die will ich beim besten Willen nicht verteidigen – aber das Problem ist mit ein paar „Maßnahmen“ nicht regulierbar. Wir und die Gesellschaft sind ebenso in dem Problem verstrickt – aber auch hier helfen ein paar Verhaltensänderungen nicht weiter. ---

Zur Annäherung an die eigene Verstricktheit jetzt mal etwas ganz anderes. Vor einigen Wochen habe ich mit einer Gruppe, die politische Kunst und Straßentheater macht, einen Workshop veranstaltet. Eine Kollegin hat ein Rollenspiel für eine Podiumsdiskussion entworfen. Drei repräsentative Menschen mit ähnlichen Lebensentwürfen im eher alternativen Milieu haben über die Klimaverträglichkeit des eigenen Lebens diskutiert. Ich mache Sie jetzt mit den drei Menschen bekannt:

Erstens Michael Banner. Er hat sich seinen Lebenstraum erfüllt und mit seiner Familie ein Bauernhaus im Schwarzwald gekauft. Als 40-jähriger Chemotechniker hatte er bis vor drei Jahren im 30 Kilometer entfernten Freiburg gearbeitet. Wegen Rationalisierung musste er zu Novartis in Basel wechseln. Er pendelt jetzt täglich 110 Kilometer. Zug und Bus fahren diese Strecke nicht in einer machbaren

Zeit. Michael Banner ist sehr für Klimaschutz. Beim Einkaufen spielen ökologische Kriterien eine große Rolle. Er sieht allerdings keine Möglichkeit, sein Pendlerdasein zu beenden.

Zweitens Jana Röstel. Sie ist 35 Jahre alt und arbeitet als Krankenpflegerin. Sie wohnt in einer WG, in der vorwiegend Bio und Fair- Trade eingekauft wird. Jana begeistert sich für andere Länder. Durch ihren Schichtdienst hat sie öfters eine oder zwei Wochen frei plus Urlaubstage. Dann fliegt sie gerne mit Billigfliegern nach Portugal, Malta oder Norwegen. Im Urlaub ging es in den letzten zwei Jahren nach Bali und Tansania. Sie ist unbedingt für den Klimaschutz und sieht die Gefahren des Klimawandels. Aber die Möglichkeit zu Mobilität und Internationalität hält sie für lebensnotwendig.

Drittens Petra Förster. Sie lebt in einem alternativen Wohnprojekt, in dem sie Finanzbuchhalterin ist. Sie mag den Job, verdient dafür wenig, und kauft entsprechend bei Aldi, auf dem Wochenmarkt Gemüse und dann wieder im Dritte-Welt-Laden ein. Sie macht alle Wege im Alltag zu Fuß oder mit dem Fahrrad. In den Urlaub fährt sie mit dem Zug. Sie hat selten das Gefühl von Verzicht, obwohl es nervt, für die Zugfahrt nach Madrid das Mehrfache des Last-Minute-Fluges zu bezahlen. Sie hält Fliegen für extrem umweltschädlich. Dennoch will sie in einer offenen Welt leben und ist nicht blind für andere Bedürfnisse.

Gut. Es war interessant, was diese drei kritischen Menschen diskutiert haben. Aus der diskussionsoffenen Situation heraus haben der Pendler und die Fernreisende durchaus Fragwürdigkeiten in ihrem Lebensentwurf zugestanden. Aber sie konnten doch ausreichend argumentieren, um letztlich nichts daran zu ändern. Der Pendler Michael sagt, dass die Forderung nach einem Umzug nach Basel ein Eingriff in die Privatsphäre wäre. Die Urlaubsfliegerin Jana will nicht zurück in das provinzielle Deutschland der sechziger Jahre und die Klimaheldin Petra überrascht, weil sie sagt, dass sie die Folgen der vergrößerten Mobilität insgesamt gut findet: Den Austausch zwischen den Kontinenten bekommen nur die konkreten Menschen zuwege. Vor Lebensentwürfen, die sich vom Verzicht als Tugend speisen, graust es ihr. Den Blick allein auf das eigene Verhalten findet sie unterkomplex.

Gut. Diese Rollenspiele sind empfehlenswert, weil man noch einmal anders sieht, was Änderungen im Weg steht – und welche Logiken dahinter stehen. Es sind konkrete Menschen, die pendeln, weil sie es für richtig halten – und teilweise –

weil der Lohnerwerb sie dazu zwingt. Gegenüber dem konkreten Menschen wird spürbar, dass Ökologie, wenn sie sich als Moral oder Ordnungspolitik gegenüber dem Individuum ausformt, autoritär wird. Ein Schritt vor, zwei Schritte zurück? Aus der individuellen Perspektive ist beispielsweise Pendeln rational. Aber Widersprüche bleiben. Zweifel am Sinn dieser Art von Mobilität sind berechtigt und werden durch die neuen Lebenslügen vom Biosprit und dem Energiesparauto beruhigt. So entsteht ein neuer Markt, der die ökologisch bewussten KonsumentInnen bedient und eben dadurch dafür sorgt, dass kritische Impulse systemimmanent kanalisiert werden.

Die individuellen Lebenslagen sind tief mit der Umweltzerstörung verstrickt. In Deutschland sind 1,1 Millionen Menschen direkt bei der Automobilindustrie und ihren Zulieferbetrieben beschäftigt. Dazu kommen Arbeitsplätze für Reparatur, Verkauf oder Straßenbau. Auch in anderen Ländern ist die Automobilindustrie eine wesentliche Grundlage ganzer Volkswirtschaften und verfügt über entsprechende Macht. Das Dilemma dabei: Einerseits lässt sich in Kooperation mit der Automobilindustrie wenig gegen die hohen Emissionen machen. Denn eine ökologisch sinnvolle Verkehrswende würde der Automobilindustrie die Geschäftsgrundlage nehmen. Autofahren ist dem öffentlichen Verkehr in der Schadstoffbilanz hoffnungslos unterlegen. Andererseits lässt sich *gegen* die Automobilindustrie ebenfalls kaum Politik machen, weil viele Menschen von den Arbeitsplätzen und von ihrem Auto abhängig sind. ---

Kommen wir zu einem zweiten Exkurs, der diesmal die Produktionssphäre betrifft. Es freut mich sehr, dass der Kollege Dietmar Kupfer, Betriebsratsvorsitzender bei Johnson Controls, heute eingeladen ist. Deshalb möchte ich etwas genauer über die Automobilindustrie und Zulieferer diskutieren.

Johnson Controls *selbst* ist ein us-amerikanischer Konzern mit Sitz in Milwaukee. Professor Warren S. Johnson meldete 1833 ein Patent auf einen elektronischen Raumthermostaten an und gründete die Firma, um die Idee selbst zu vermarkten. Es ging um automatische Temperaturregelungssysteme für Gebäude. Heute übersteigt der Jahresumsatz der Firma 20 Milliarden Dollar, sie hat etwa 140.000 Mitarbeiter und ist nun in drei Geschäftsfeldern engagiert: PKW-Innen-Fahrzeugausstattung, Energielösungen für die Elektrik der Fahrzeuge (z.B. übernahm Johnson Controls 2002 die Autobatteriesparte der Firma Varta) und, drittens, in der Nachfolge der Raumthermostate, Gebäudeeffizienz. Zumindest in

der Frage, was produziert wird, hat sich in dieser Firma also schon vieles geändert.

Unter dem Aspekt des Klimawandels kann man sagen, dass Johnson Controls einerseits an effizienten Energielösungen arbeitet und unter gewissen Voraussetzungen ein Teil der Lösung des Klimaproblems sein *könnte*. Auf der anderen Seite hat die Firma ein strukturelles Interesse an einem *Weiter so*, also daran, Häuser mit Klimaanlage und Straßen mit PKW's vollzustopfen. In dieser Perspektive wird die Rede der Firmenpräsentation von „intelligenten Lösungen“ und „mehr Effizienz“ schnell zu Kosmetik, die die fällige Energiewende sabotiert. -

--

In der *Innenperspektive* der Zuliefererfirmen oder bei der Entwicklung der Motoren passiert unglaublich viel zur Verbesserung der Energiebilanz. Bislang sind die Effizienzfortschritte allerdings schon darin verpufft, dass die Automobilkonzerne größere und leistungsstärkere Autos verkauft haben. Also: Es wird viel entwickelt – aber aus der Perspektive bspw. des Weltklimarates verschärft sich das Problem des Klimawandels.

Zurzeit zeichnet sich eine gewaltige Krise in der Automobilindustrie, bei den Zulieferern und Verkäufern ab. Der Absatz stagniert und geht zurück, Arbeitsplätze werden in diesem Jahr gestrichen und *mittelfristig*, z.B. mit einer Ölkrise oder Umweltkrise, sind gewaltige Einbrüche zu erwarten.

Einen besonderen Aspekt des Konfliktes sind in meiner Sicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firmen. Was kann das oben gesagte aus der *Perspektive der Mitarbeiterinnen* heißen?

Inzwischen könnte klar sein, dass man die Wirtschaftsweise insgesamt ändern muss, die den Klimawandel verursacht hat, und nicht –*weiter so* - den Bock zum Gärtner macht. Deshalb möchte ich zu einem Paradigmenwechsel einladen, der die Arbeitswelt betrifft. Also die Welt, die viele lebensnotwendige Güter produziert und gleichzeitig die natürliche Umwelt fortlaufend schädigt.

Erstens denke ich, dass jeder Arbeitsplatz immer ein wichtiges Terrain ist, an dem sich die Menschen für ihre Rechte und ihre Würde einsetzen müssen, denn von selbst ist das nicht da. Zweitens, eine These: Könnten die Angestellten der Firmen *selbst* und ohne Konkurrenz entscheiden, was sie produzieren, wären ökologisch schädliche Produkte Auslaufmodelle.

Drittens. Arbeit ist die große Religion der Moderne geworden. Und von der Arbeit hängt die materielle und psychische Existenz der Einzelnen ab. Der Verlust der Arbeitsstelle bedroht hierzulande die Einzelnen mit dem Abrutschen zum Arbeitslosengeld II binnen Jahresfrist und damit mit materieller Armut und – denn wir leben in einer Arbeitsgesellschaft – mit dem Verlust an Selbstwertschätzung. Wir haben uns in die Geiselhaft unserer Jobs begeben. Trotz steigender Produktivität konnte deshalb in dieser Dekade die Arbeitszeitverkürzung zum Vergangenheitsthema werden und es konnten Unmengen an schlecht bezahlten, sinnlosen Jobs entstehen – man nehme nur einmal die privaten Briefdienstleister, die zum Teil unter der Hälfte des Stundenlohnes der Post AG verdienen, um die Briefkästen mit Werbebriefen vollzustopfen. Die Frage, ob ich wirklich einen sinnvollen Job habe, stellt sich fast niemand im Ernst. Und auf der Seite umweltschädlicher Produktion sind die Arbeitsplätze ein Totschlagargument. Nun, stelle ich noch einmal die Frage, weshalb die momentan bestehende Lohnarbeit so konservativ ist – weshalb gegen das Argument mit den Arbeitsplätzen kein Kraut gewachsen ist: Der materielle Wohlstand und der Selbstwert der Einzelnen ist in unserem Vergesellschaftungsmodell daran gekoppelt. Deshalb sind nicht nur Unternehmer, sondern auch Gewerkschaften hier strukturkonservativ: Sie vertreten die Interessen ihrer Mitglieder. Aber: In den Koordinaten der Verwertung des Werts – wo die Angestellten wie die menschenverträgliche Umwelt zweitrangig sind. Strukturelle Umwälzungen, auch wenn sie die Gesellschaft im Grunde will, sind so blockiert: Wir können nicht einfach die Arbeitskräfte aus der Automobilindustrie abziehen und die Leute bauen dann das Eisenbahnnetz aus. Oder einfach umweltschädliche Subventionen streichen.² Weltweit beziffert Greenpeace z.B. die Subvention des Straßenverkehrs auf 780 Milliarden US-Dollar pro Jahr.³ Jeder weiß inzwischen, dass hier der Rotstift hingehört. Das wäre vernünftig, ist aber nicht praktikabel.

Wie kann man die große Abhängigkeit der Einzelnen von ihrer Arbeit beheben? Arbeitnehmerfreundliche Politik heißt nicht, auf die vorhandenen Jobs zu

² Greenpeace hat gerade eine Liste veröffentlicht, die zumeist Steuervergünstigungen betrifft: 8,7 Mrd. Euro für steuerfreies Kerosin, 500 Millionen für die Mehrwertsteuerbefreiung der Flugtickets, 5,8 Mrd. für die geringere Besteuerung des Diesel gegenüber Benzin, 1,5 Mrd. Euro Pendlerpauschale, 2,4 Milliarden Euro Steuervergünstigungen für AKW-Betreiber, 4,9 Milliarden Euro für Subvention und Geringbesteuerung der Steinkohle, 5 Milliarden Euro für Steuerermäßigungen für Energie in Industrie und Gewerbe, 2,3 Milliarden Euro Steuerbefreiung für die Mineralölverwendung bei Öl-Raffinerien oder in der Kosmetik- und Kunststoffindustrie.

³ Vgl. Norman Myers: Perverse Subsidies

beharren, sondern die Geiselhaft zu lösen, in der wir uns gegenüber diesen Jobs befinden. Stellen wir uns einmal vor, eine gesellschaftlichen Auseinandersetzung über die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen, ergäbe, dass man weniger arbeiten möchte, aber dafür mehr zum Zweck der Selbstverwirklichung und ökologisch verträglich. Ein Grundeinkommen würde die Kluft zwischen Lohnarbeit und Erwerbslosigkeit reduzieren. Staatliche Regulationspolitik würde gezielt ökologische und soziale Belange fördern und in den Betrieben wäre das Mitspracherecht der Belegschaften entscheidend. Vielleicht hätte ein gesellschaftlicher Umbruch stattgefunden, mit dem zuvor niemand gerechnet hat, wie vor relativ kurzer Zeit in den staatssozialistischen Ländern. Vielleicht, weil man von den Sachzwängen die Nase voll hatte, mit denen alles so bleibt, wie es ist, obwohl man auf soziale Klimakatastrophen zusteuert. Ich glaube, dass die Vorstellung, die Gesellschaft emanzipativ umzuwälzen, wieder wirksam werden kann. Und ich denke, dass am ehesten hier ein Schlüssel für eine sinnvolle Reduzierung gefährlicher Klimawandel-Folgen liegt.

Also noch einmal zum Arbeitsplatzargument. Es läuft etwas grundsätzlich falsch, wenn die Menschen Existenzängste bekommen müssen, wenn Arbeitsplätze möglicherweise wegfallen. Wegfallende Arbeitsplätze zu beklagen, ist eine Verrücktheit – gerade in Industriezweigen, die die Klimaerwärmung verursachen. Mit diesem Argument kann ich vielleicht nicht am Montag konkrete Betriebsratsarbeit machen. Aber wir sollten es nicht wegwischen. Arbeit ist in unserer Gesellschaft die Form, in der der kapitalistische Zweck – Gewinne zu machen – erzielt wird. Das Wohl von Mensch und Natur ist davon unabhängig. Der Respekt vor der heiligen Arbeit ist ein Teil des Problems.

Ein Zwischenergebnis aus meiner Sicht: In der Politik sowie in der Wirtschaft und Zivilgesellschaft weiß man seit dem Bericht des *Club of Rome* über die *Grenzen des Wachstum* von 1972 zunehmend Bescheid, dass die vorherrschende Lebensweise eine destruktive Seite hat. Eigentlich weiß man auch, dass die Konkurrenzgesellschaft das Soziale beschädigt.

Die Umwelt wird inzwischen von allen Seiten geschützt: von Ministerien, von Naturliebhabern und von sehr vielen Produkten, die das auf ihren Verpackungen nachweisen. Sie wird weiter geschützt werden, bis sie sich in einem untragbaren Zustand befindet. Die Begriffe der politischen Fürsorge für die Natur wechseln: Nach der Ära der Nachhaltigkeit seit dem Umweltgipfel in Rio sind wir, nach Bali,

in der Ära des Klimaschutzes angelangt. Die Klimarettungsbotschaft stiftet einen Konsens, der behauptet, es gehe darum, zu bewahren, nämlich zu retten, anstatt zu verändern. Die Klimarettungsbotschaft maskiert die destruktive Natur der gesellschaftlichen Verhältnisse, weil ja wahlweise *Umkehr* oder *Innovation* die Umwelt retten soll. Und die Botschaft behauptet ein „Wir“, das die unterschiedlichen Interessen und Anteile hinter dem Klimawandel kaschiert. Und die Wirtschaft? Nachdem die Automobilindustrie als Hoffnungsträger Wasserstoff und dann die Biokraftstoffe ausgerufen hatte, warten wir jetzt auf die Epoche des emissionsarmen Elektroautos. Sogar die Automobilindustrie kann sich als Kombattant gegen die Klimaerwärmung inszenieren. Aber der Wille, eine soziale und naturverträgliche Lebensweise demokratisch gegen die wirtschaftlichen und herrschenden Widerstände und auf die Gesamtheit der Gesellschaft durchzusetzen, dieser Wille ist kaum spürbar.

IV.

Ursachen des Klimawandels in der Marktwirtschaft. Ich referiere hier eine *kapitalismuskritische* Position über die Folgen des Klimawandels, weil ich denke, dass die Umweltkrise nicht auf *Fehler* der Marktwirtschaft zurückzuführen ist, sondern auf ihr *Funktionieren*. Das Streben nach Gewinn - und nicht gute Lebensbedingungen oder Umweltschutz - ist der Antrieb wirtschaftlicher Tätigkeit. Mensch und Natur werden dabei zum Mittel. Der Gebrauchswert ist dem Tauschwert untergeordnet, die Umwelt und in der Tendenz auch die menschlichen Beziehungen werden zur Ware, das harte Prinzip der Marktwirtschaft ist Konkurrenz.

Für die Kritik dieser Koordinaten ist auch der Horizont der Fachdisziplin Ökologie zu eng. Ein Verständnis der strukturellen Vernutzung von Mensch und Natur in der Marktwirtschaft ist in der vorherrschenden Klimaschutzpolitik nicht erkennbar.

Wenn mit Umweltschutz einmal Geld zu machen ist, nimmt man das natürlich mit. Hier ein neues Paradigma auszurufen, ist allerdings naiv. Gewinne fließen auch dann nicht in Umweltmaßnahmen, wenn Klimaschutz zum größten Ideal wird. Denn der kleinste Handwerker ebenso wie der größte Finanzfonds hat die Aufgabe, das Kapital in dessen Vermehrung zu reinvestieren – bei der Strafe des eigenen Untergangs, wenn er es unterlässt; der subjektive Wille hat hier wenig Einfluss. Die gewaltige Umstellung, nach der der Energieverbrauch bis 2050 um

zwei Drittel reduziert werden soll, ist technisch möglich, aber kaum wahrscheinlich. Denn die real existierende Wirtschaftsmaschine bleibt auf je eigene Interessen ausgerichtet - jeder Betrieb *muss* das, das ist keine Böswilligkeit. Die Orientierung auf langfristige vernünftige Ziele ist für ökonomisch Tätige allenfalls zweitrangig.

V.

Die Folgen des Klimawandels als soziale Folgen. Und zum Problem der Marktwirtschaft kommt noch das Problem dazu, dass sich Menschen immer noch in ein- und ausgrenzenden Gemeinschaften organisieren. Das wird im Zusammenhang mit Klimakrisen schlimme Synergieeffekte erzielen. Der Kapitalismus hat die Zerstörung natürlicher Lebensräume nicht erfunden. Viele Waldgürtel Südeuropas waren bereits zu Beginn der Neuzeit abgeholzt und verödet. Und so verschieden die dem „Westen“ gegenüberstehenden Regimes realsozialistischer, islamistischer oder nationalistischer Ausrichtung sind: In der Naturbeherrschung agieren sie ohne Rücksicht. Allerdings ist das marktwirtschaftliche Modell der westlichen Industriestaaten empirisch betrachtet die maßgebliche Ursache des aktuellen Klimawandels. Die Lösungsmodelle, die nun aus seiner eigenen Logik hervor treten, verdienen jede Skepsis. Zusätzlich möchte ich auf einen anderen Zugang über die sozialen Folgen des Klimawandels verweisen: Am Beispiel des Buches „Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird“ des Sozialpsychologen Harald Welzer. Welzer nimmt die *sozialen* Folgen der Klimaerwärmung zum Ausgangspunkt, um an seiner bisherigen Forschung zu modernen Genoziden anzuknüpfen. Denn der Klimawandel wird Ressourcenkonflikte und Verteilungskonflikte, wie es sie schon heute gibt, verschärfen. Mit zunehmenden Unwettern und Trockenheit werden sich Flüchtlingsbewegungen vergrößern, Konflikte um Land, Wasser und Nahrung zunehmen und in Gewaltkonflikte münden. Die jüngeren Ereignisse in Somalia, Ruanda oder im Sudan haben gezeigt, dass in Krisen Gewaltlösungen eine reale Option sind und dass, ich zitiere aus dem Buch, „gewaltsame Lösungen auch für Probleme gefunden werden, die auf sich verändernde Umweltbedingungen zurückgehen“.

Spannend ist, welche Einstellungen in Krisen bereits in der Vergangenheit zum Tragen kamen. Eine prominente Möglichkeit der Krisenbewältigung ist, eigene

Interessen und Ressentiments gegen andere zu richten. In den armen Gesellschaften des Südens, führen solche Konflikte beispielsweise rasch zu Bandenökonomien. Für *arme wie reiche* Gesellschaften besteht die Option, sich andere (ethnische oder kulturelle) Gemeinschaften als Problemursache vorzustellen. Das wurde in Jugoslawien, in Ruanda oder im Sudan getan und es wird wohl angesichts der Mangelkrisen infolge der Klimaerwärmung wieder geschehen.

Im Norden prägen sich die sozialen Konflikte um den Klimawandel anders aus, aber ebenfalls ausgrenzend. Die steigende Zahl von Klimaflüchtlingen führt zu einer verschärften Abschottung der Grenzen und zu einem rigiden Sicherheitsregime nach innen. In Italien ist die innenpolitische Stimmung derzeit aufgeheizt. Mit einem Anstieg der Flüchtlingszahlen verhängte die Rechtsregierung einen landesweiten Flüchtlingsnotstand. Polizeieinsätze werden ausgeweitet, das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das illegales Einreisen mit Freiheitsstrafen belegt, die Lega Nord fordert einen Schutzwall aus Patrouillenbooten. Die weltweit schätzungsweise 150 Millionen Klimaflüchtlinge bis zum Jahr 2050 werden im Norden eine seltsame „Klimagerechtigkeit“ vorfinden: Man wird sie hassen.

VI.

Aber warum organisieren sich die Menschen in Überlebensgemeinschaften, die die Konkurrenz jedes gegen jeden, auf der Ebene der Familien, Sippen, Dörfer, bis zu den Nationen und imaginierten Kulturkreisen reproduzieren, indem sie sich gegenüber den Anderen definieren?

Vom Problem der Klimaerwärmung ist es also, finde ich, nicht weit bis zu dem Problem, dass die sogenannte zivilisierte Welt auf einer recht dünnen Oberfläche gebaut ist. Darunter, und also in unseren eigenen Abgründen, findet sich jener Mensch, dem das Leben des anderen nichts gilt. In Ruanda, wie im Sudan standen einfache Boden- und Ressourcenkonflikte am Beginn von Völkermorden. Diese Boden- und Ressourcenkonflikte genügen nicht als Erklärung. Aber Verteilungs- und Ressourcenkonflikte nehmen aufgrund der Klimaerwärmung zu und können wieder in grausame und schwer begrenzbar Gewaltkonflikte führen. Solange sich die Menschen in ihren bornierten Identitäten einrichten – national, kulturell, usw. – solange werden Gesellschaften asymmetrisch bleiben und

Konflikte oft nicht verhandelt und ausgeglichen, sondern in bewaffnete Konflikte und Kriege geführt. Ökologie reicht nicht, um die Klimawandelfolgen in den Griff zu bekommen. Ohne einen kosmopolitischen Hintergrund wird nichts gehen. Die Folgen der Klimaerwärmung *können* verhandelt werden, durch Umverteilungen abgemildert werden und durch die konsequente Vermeidung des Ausstoßes von Treibhausgasen begrenzt werden.

Der vorhin genannte Harald Welzer zitiert in einem Ausblick Albert Einstein: Probleme könnten nicht mit den Denkmustern gelöst werden, die zu ihnen geführt haben. Wenn ein Zug auf ein Unglück zufährt, hilft es nicht, wenn Menschen im Zug gegen die Richtung laufen. Man muss die Richtung insgesamt ändern.

VII

Damit das stattfindet, müsste sich allerdings viel ändern. Wesentlich wäre die Veränderung der Ökonomie weg vom Primat der Verwertung und Konkurrenz. Realistischerweise muss das Unmögliche gefordert werden.

In begrenzten Milieus wie Familien oder Vereinen zeigt sich bereits heute, dass es mehr gibt als egoistische Interessen. Teilweise formen sich diese gemeinsamen Interessen als gefährliche Gruppenegoismen aus, die dann nur die Verlängerung des „Ich-Zuerst“ sind. Aber das ist nicht die einzige Ausformung kollektiver Bewusstseinsformen. Vernunft und Orientierung am Gemeinwohl sind durchaus Fähigkeiten, die man den Menschen zutrauen kann. Es geht hier darum, zu zeigen, dass das Bewusstsein des Einzelnen vom ihn umgebenden Kontext abhängt. Erst wenn die Menschen wirklich Grund zu der Annahme haben, dass die Welt die ihre ist, benehmen sie sich entsprechend. Das gilt gerade auch für den Umgang mit der Natur.

Mit Sonntagsreden über die „Eine Welt“ lässt sich das allerdings nicht erreichen. Der Umweltschutz muss eine materielle Basis haben: Die Vergesellschaftung der Güter und Produktionsmittel, den Abbau von Herrschaft und den Abbau der ein- und ausgrenzenden Zwangskollektive - von der Corporate Identity im Betrieb bis zur nationalen Identität - und die Aufwertung des individuellen Glücks. Ich denke, ein sozial und kulturell spannendes Leben ist die einzige positive Option, die dem Klimakiller-Dasein als Arbeitstier und Konsument den Rang ablaufen kann.